

Dernburg über das Wirtschaftsleben nach dem Kriege.

✚ Berlin, 10. Jan. (Telegr.) Die von uns bereits angekündigte Gesamtsitzung des Zentralverbandes des deutschen Großhandels hat am Mittwochnachmittag nach einer Ausflugsitzung im Hotel Esplanade stattgefunden. In längern Darlegungen wies Staatssekretär a. D. Dr. Dernburg nach, welchen außerordentlichen Anteil an der verhältnismäßig guten Situation unseres Vaterlandes gerade dem Großhandel zukommt. Die heute noch im Verbrauch begriffenen Importgüter — ungeheure Mengen an Kaffee, Tee, Baumwolle, Metall, Gummi, Chemikalien — verdanken wir der Voraussicht, der Kapitalkraft und dem Unternehmungsgeist unseres Großhandels und auch die unzähligen Versorgungsstellen, die heute der Kriegsrohstoffabteilung und dem Kriegsernährungsamt unterstünden, hätten nur eingerichtet werden können und funktionierten, weil sich der deutsche Großhandel in der uneigennützigsten Weise in den Dienst aller dieser Gesellschaften gestellt habe und ihnen den Geist einhauche und die Technik geliehen habe. Der Zweck der Versammlung sei die Vorbereitung auf den Frieden, und zwar müsse die Organisation des Großhandels marschieren Seite an Seite mit den andern Berufsständen, müsse stützend, helfend, mahnend und warnend denjenigen Behörden zur Seite treten, die zur internationalen Regelung der Dinge berufen seien. Voran stehe die Wiederversorgung des Landes mit Nahrungsmitteln, mit Rohstoffen und die damit zusammenhängende Bereitschaft des Wirtschaftslebens, damit ähnliche Kriegs-Katastrophen Deutschland nicht wieder im Zustand der Hilflosigkeit fänden. Eine gewaltige schöpferische Arbeit sei zu leisten. An Stelle der staatlichen Zentralisation müsse der Groß- und der Kleinhandel allmählich wieder in die freie Initiative übergehen. Das System staatlicher Regelung lasse sich ja auch nur auf Dinge anwenden, die keinem Verderb ausgesetzt sind. Für die zukünftige Zollpolitik könne das Motto nicht mehr heißen: Schutz Zoll oder Freihandel; denn das Wirtschaftsleben habe sich zu sehr differenziert. Jede einzelne Frage müsse fürderhin gesondert betrachtet werden. Auch bei der Neuregelung der Handelsverträge mit unsern Verbündeten müsse in diesem Sinne gehandelt werden. Bei der Landwirtschaft sei es fraglich, ob sie jemals wieder der absolut freien Betätigung des Handels überlassen werden könne. Wenn sie in ihrer Einseitigkeit auch Brachtnolles geleistet habe, so sei sie in andern Dingen stark hängen geblieben, zum Beispiel in der Bereitstellung des Bedarfs an Futtermitteln. Die Abwägung des Gesamtbildes unserer Wirtschaft mit einzelnen Ländern, der Möglichkeit, zweckmäßig Ersatzstoffe zu schaffen, der Notwendigkeit des ihnen zu gewährenden Schutzes und doch dabei der möglichsten geringen Behinderung des deutschen Außenhandels sei eine Aufgabe, die auch von dem tüchtigsten Beamten am grünen Tisch nicht allein gelöst werden könne. Man verlange nach einem Reichswirtschaftsamt unter obligatorischer Beratung durch die Vertreter des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft. Auch der Konsument dürfe nicht vergessen werden. Zur Wahrnehmung der Volks- und Gruppeninteressen müßten Beiräte gebildet werden. Weiter müsse verlangt werden eine Umgestaltung und Neuordnung unsers wirtschaftlichen Nachrichtendienstes. Im Großkaufmannstand müsse jedes Mitglied des Vereins mitwirken, daß in jeder Ortsgruppe Arbeiter und tätige Vorsitzende sich finden, und im Zentralausschuß der überhaupt Beste die Arbeit in der uneigennützigsten Weise und ohne Schielen nach einer Seite übernehme. Dann werde auch für die wichtige Organisation des Großhandels für die Zeit nach dem Krieg etwas Befundenes herauskommen.

Die Ansprache Dernburgs wurde von den Anwesenden, die in außerordentlich großer Zahl erschienen waren, mit großem Beifall und lebhafter Zustimmung aufgenommen.

Über die Sicherung der deutschen Auslandsforderungen sprach sodann der Reichstagsabgeordnete Otto Reinath. Er führte aus, daß der völlige oder teilweise Verlust der in die Milliarden gehenden Außenstände für den Großhandel ein schwer zu überwindender Schlag sei und eine tiefe Entmutigung nach sich ziehen werde. Ohne aktive Mitwirkung des Reiches sei die privatwirtschaftliche Liquidation und Böhung der entstandenen Rechtswirrnisse unmöglich. Bereits seien die deutschen Schulden an das Ausland festgestellt und die zwangsweise Registrierung der deutschen Forderungen werde wohl in aller nächster Zeit zur Durchführung gelangen. Nun handle es sich darum, von Reichs wegen die Sicherheiten für die deutschen Forderungen zu schaffen. Die Aufhebung der gegen uns gerichteten Kriegsgefeße und die Wiederherstellung der Rechtsbehelfe könnten angesichts der teilweise schon im Frieden mangelhaften Rechtspflege in den feindlichen Ländern und der tief wurzelnden Erbitterung und Feindseligkeit keine ausreichende Sicherheit geben. Die deutschen Forderungen an das Ausland bedürfen vielmehr bis zur vollständigen Befriedigung dauernd des unmittelbaren Schutzes des Reichs und einer materiellen Sicherstellung durch Faustpfänder an feindlichem Eigentum. Schon in dem Friedensvertrag müssen die Bürgschaften eventuell unter Hofung der jetzt feindlichen Staaten geschaffen werden. Ob die an sich

erwünschte Forderung, daß nur deutsche Gerichtshöfe über die Berechtigung der Forderungen entscheiden, durchgesetzt werden kann, erscheint zweifelhaft. Die Frage der Sicherstellung der deutschen Auslandsforderungen wird, so schloß der Redner, in der deutschen öffentlichen Meinung nicht früher zur Ruhe kommen, ehe nicht Sicherheit bestehe, daß seitens der Regierung entschlossene Maßnahmen ergriffen werden, die unter ihrer dauernden Mitwirkung und energischer Unterstützung der in unserer und unserer Verbündeten Hand befindlichen Pfänder das große Aktium unserer Auslandsforderungen sichern.

Auch diese Ausführungen fanden den lebhaften Beifall der Versammlung, die eine entsprechende Entschließung annahm. Der Andrang zur Tagung, der so gewaltig war, daß die Späterkommenden kaum Platz finden konnten, darf wirklich als ein Zeichen dafür gelten, daß sich der Zentralverband mit Erfolg bemüht, die große Bedeutung des Großhandels wirksam zur Geltung zu bringen.